

## Antrag

der Abgeordneten Dr. Barbara Höll, Dr. Axel Troost, Werner Dreibus, Diana Golze, Jörn Wunderlich und der Fraktion DIE LINKE.

### Elternbeitragsfreie Kinderbetreuung ausbauen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Forderung der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Ursula von der Leyen, nach gebührenfreien öffentlichen Kinderbetreuungsangeboten. Diese Forderung lässt erkennen, dass auch die Bundesregierung die enorme Bedeutung öffentlicher Kinderbetreuung anerkennt.

Der Bildungsweg beginnt in Kinderkrippen und Kindergärten. Diese und Horteinrichtungen ermöglichen die gemeinschaftliche Erziehung von Kindern unterschiedlicher Herkunft. Sie befördern die soziale Kompetenz der Kinder, wirken sich positiv auf die Integration von Kindern aus Migrantenfamilien durch zeitigen Erwerb der deutschen Sprache aus und verbessern so Bildungs- und spätere Erwerbschancen. Erziehungsmängel und soziale Defizite können durch Fachkräfte erkannt und durch erzieherische Arbeit ausgeglichen werden. Nicht zuletzt geben öffentliche Kinderbetreuungsangebote den Eltern die Möglichkeit, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, und wirken somit unter anderem direkt als Instrument der Armutsbekämpfung.

Kostenlose, umfassende und flächendeckende Betreuungsangebote für Kinder gibt es in der Bundesrepublik Deutschland nicht. Aber nur diese gewährleisten, dass kein Kind wegen der Einkommens- oder Lebenssituation der Eltern von einer Erziehung im Kreise anderer Kinder sowie von frühkindlicher Bildung und Erziehung durch Fachkräfte ausgeschlossen ist.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

schnellstmöglich ein Konzept vorzulegen, das die Länder und Kommunen in die Lage versetzt, gebührenfreie, umfassende und flächendeckende Betreuungsangebote für Kinder anzubieten und aufzubauen.

Das öffentliche Betreuungsangebot in Form von Kinderkrippen, Kindergärten und Horteinrichtungen ist unzureichend. Dies gilt im Hinblick auf die Anzahl der Plätze, Öffnungszeiten und teilweise auch die Qualität der Betreuung durch unzureichende Ausstattung mit Fachkräften und Arbeitsmitteln. Der Zugang zu ganztägigen öffentlichen Betreuungseinrichtungen wird zunehmend auch denen verwehrt, die keiner Erwerbstätigkeit in Vollzeit nachgehen oder erwerbslos sind. Neue und alte Bundesländer sind davon gleichermaßen betroffen.

Die Ursache der aufgezeigten Missstände ist unter anderem in der Finanznot der Kommunen zu suchen, die massiv unter den Auswirkungen des Gesetzes zur

Senkung der Steuersätze und zur Reform der Unternehmensbesteuerung (Steuersenkungsgesetz) leiden, das bis 2005 zu Steuermindereinnahmen der Länder und Kommunen in zweistelliger Milliardenhöhe geführt hat.

Nach Angaben des Deutschen Städtetages benötigen die Kommunen 10 Mrd. Euro jährlich, um öffentliche Kindergärten vorzuhalten. Mit ca. 20 Prozent sind die Eltern über Gebühren an den Kosten beteiligt.

Die öffentliche Kinderbetreuung muss als gesellschaftliche Aufgabe verstanden werden. Um den Zugang eines jeden Kindes in eine öffentliche Betreuungseinrichtung zu ermöglichen, muss dieser gebührenfrei sein. Das erforderliche Konzept zur Finanzierung muss die Bundesregierung vorlegen.

Berlin, den 24. Januar 2006

**Dr. Barbara Höll**

**Dr. Axel Troost**

**Werner Dreibus**

**Diana Golze**

**Jörn Wunderlich**

**Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion**